

Verleihung Reinhold-Maier-Medaille 3. Februar 2007 in Stuttgart
Rede von Helmut Markwort, Preisträger

Sehr geehrter Minister Goll,
 meine Damen und Herren,
 hoch geschätzte Versammlung,

ich empfinde außerordentliche Freude und Anerkennung, dass Sie mich mit der angesehenen Reinhold-Maier-Medaille ehren: vor dieser illustren, vermutlich weitgehend liberalen Gästeschar, in der Gesellschaft großartiger Vorgänger aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik, und mit einer so schmeichelhaften Laudatio von Professor Dr. Ulrich Goll, der als stellvertretender Ministerpräsident dieses erfolgreichen und schönen Landes auf den Schultern von Reinhold Maier stehen kann.

Improvisierte Replik auf die Laudatio

Die Freiheit, von der Sie gesprochen haben, ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist immer bedroht. Die Freiheit des Bürgers, die Freiheit des Unternehmers, die Freiheit des Abgeordneten, die Freiheit von Gruppen und Nationen, die Freiheit der Presse, muss immer wieder aufs Neue verteidigt und erkämpft werden. Die kleinen Freiheiten im Alltag und die großen Freiheiten im Weltgeschehen können nie genügend Freunde haben. Erlauben Sie mir als Journalist, dass ich – ein bisschen egozentrisch – zuerst ein paar Sätze über die Pressefreiheit sage und daran erinnere, dass im vorigen Jahr 81 Journalisten und 32 Medienassistenten ihr Leben verloren haben bei dem Versuch, ihren Lesern und Zuschauern aus nächster Nähe Konflikte und Ereignisse zu schildern.

Gestern vor vierzehn Tagen wurde in Istanbul der armenisch-türkische Journalist Hrant Dink auf dem Weg zu seiner Redaktion erschossen. Vor einem Jahr haben wir ihn in Hamburg mit dem Henri-Nannen-Preis ausgezeichnet. Wir wollten damit unseren Respekt ausdrücken vor seiner aufklärerischen Arbeit und wir wollten ihn durch die Scheinwerfer der Öffentlichkeit auch ein wenig schützen. Leider hat es nichts genützt. Ein fanatischer Nationalist hat ihn erschossen, der sich ermutigt fühlte durch die Existenz des immer noch nicht abgeschafften Paragraphen „Verunglimpfung des Türkentums“. Fanatiker gibt es überall, aber ihre Gefährlichkeit wird gesteigert, wenn staatliche Propaganda sie ermuntert.

Gestern ist ein Skandal bekannt geworden, der diese Erkenntnis schockierend bestätigt. Nachdem der mutmaßliche Mörder des Journalisten Dink gefasst worden war, ließen sich Polizisten Arm in Arm mit dem Täter wie mit einem Helden fotografieren, dekoriert mit einer türkischen Flagge, die der Verdächtige bei sich hatte.

Wie aggressiv die Stimmung gegen kritische Geister in der Türkei ist, haben wir gerade auch diese Woche erfahren. Sie haben wahrscheinlich gelesen, dass der türkische Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk seine seit Monaten geplante Deutschlandreise aus Sicherheitsgründen spontan abgesagt hat.

Gestern hätte er in Berlin von der Freien Universität die Ehrendoktorwürde entgegennehmen sollen und am Mittwoch wollte er hier in der Alten Reithalle auftreten. Sein Übersetzer hätte aus seinem autobiografischen Buch „Istanbul“ gelesen, und Orhan Pamuk selber hätte sich in einem Gespräch mit Joachim Sartorius geäußert. Die Veranstaltung des Literaturhauses Stuttgart ist seit November geplant worden und war ausverkauft, sicher wegen Pamuks hoher literarischer Qualität, aber auch, weil er eine Leitfigur der Demokratie- und Toleranzbewegung in der Türkei ist.

Es muss uns traurig und zornig stimmen, dass der Literatur-Nobelpreisträger sich nicht nach Deutschland wagt. Er ist in seiner Heimat bedroht worden und musste sich in letzter Zeit schon mehrfach schützen lassen. Der mutmaßliche Drahtzieher des Mordes an Dink hatte ihn vor einem türkischen Gericht

gewarnt: „Orhan Pamuk, seien Sie klug“. Genau wie der ermordete Hrant Dink hatte Pamuk in seiner Heimat wegen des altmodischen Paragraphen „Verleumdung des Türkentums“ vor Gericht gestanden, weil er den Massenmord an den Armeniern in den Jahren 1915 und 1916 erwähnt hatte.

Weil Orhan Pamuk weiß, dass es auch unter den bei uns lebenden Türken militante Nationalisten gibt, reist er in diesen Wochen lieber nicht nach Deutschland. Die Deutsche Schriftstellervereinigung PEN versteht seine Haltung und wir alle werden seine Entscheidung respektieren, aber wir müssen auch feststellen, dass die Fanatiker und die Fundamentalisten durch Pamuks Absage einen Sieg errungen haben. In zu vielen Ländern geben sie den Ton an.

Sie kennen das Schicksal von kritischen Journalisten, die in Russland ermordet wurden, in jüngster Zeit Anna Politkowskaja, über die der laut Gerhard Schröder „lupenreine Demokrat“ Putin nach ihrem Tod sagte, sie sei nicht wichtig gewesen. Russische Journalisten und ausländische Korrespondenten leben in Moskau gleichermaßen gefährlich, wenn sie offen berichten, was sie erleben. Morddrohungen – per Internet und auf anderen Wegen – gehören zu ihrem Alltag.

Fast jede Woche telefoniere ich mit unserem Korrespondenten in Moskau und frage ihn, ob er nicht lieber heim will nach Deutschland. Er will bleiben und weiter berichten. Ein hoher Vertreter der russischen Regierung hat mir unverhohlen zu verstehen gegeben, wie sehr er und seine Leute sich über die Recherchen und die Berichte unseres Mannes in Moskau ärgern. Es war derselbe Regierungsvertreter, der am Grab des früheren DDR-Geheimdienstchefs erklärte, dieser Markus Wolf sei einer der bedeutenden Deutschen gewesen.

Wenn ich den FOCUS-Korrespondenten autoritär und gegen seinen Willen zurückhole, habe ich ein gutes Gewissen wegen seiner Gesundheit, wegen seiner russischen Frau und seiner Tochter, aber ich bin auch verantwortlich dafür, dass eine unabhängige kritische Stimme aus Russland verstummt. Es gibt nicht mehr viele.

Wie schlecht es um die freie Berichterstattung in und über Russland bestellt ist, hat jetzt die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ ermittelt. Sie hat über ihr Korrespondentennetzwerk, über Journalisten, Juristen und Menschenrechtler je fünfzig Fragen in 166 Ländern verteilt. Aus den Antworten hat sie eine Rangliste der Pressefreiheit 2006 gewichtet. Russland ist auf Platz 147 gelandet, eine katastrophale Bewertung für ein Land, das unter die großen Demokratien eingereiht werden möchte. Auf den sieben letzten Plätzen mit besonders schlechten Werten liegen der Iran, China, Birma, Kuba, Eritrea, Turkmenistan und – als absolutes Schlusslicht – Nordkorea.

Und wo ist Deutschland platziert? werden Sie fragen. Nur auf Platz 23 hinter vielen europäischen Nationen. Wir sind abgerutscht. Redaktions- und Hausdurchsuchungen brachten Minuspunkte, vor allem aber die Tatsache, dass der Bundesnachrichtendienst, der laut Gesetz ausschließlich für Aufklärung im Ausland zuständig ist, über zehn Jahre hinweg Journalisten illegal überwacht hat.

Wir wissen inzwischen, dass Agenten des BND in die Tiefgarage unserer Redaktion eingedrungen sind und dort Autos kontrolliert und überprüft haben. Ein FOCUS-Redakteur hat es schwarz auf weiß, dass die vermeintlichen Liebespaare in den Autos vor seinem Haus Staatsbeamte waren, und dass er beim Einkaufen mit seiner Frau von BND-Agenten beschattet wurde. Nachdem wir dahinter gekommen sind, wurden wir zu beruhigenden Sitzungen ins Kanzleramt eingeladen. Der aktuelle Dienst-Präsident hat sich offiziell bei der Chefredaktion entschuldigt. In seiner Amtszeit werde so etwas nicht wieder passieren, und übereifrige Beamte hätten die Regeln verletzt, wurde uns versichert. Solche leidenschaftlich engagierte Beamte kann sich jeder Staat nur wünschen: mehr als ein Dutzend Männer und Frauen waren Tag und Nacht unterwegs, um Journalisten auf allen Wegen, Abwegen und Umwegen zu folgen und benutzen – angeblich ohne Wissen der Chefs – mehrere technisch gut ausgestattete Dienstfahrzeuge.

Kein Chef hat von den Überstunden gewusst, außer dem, der selber Journalisten über Konkurrenten ausgehört hat. Die Ausrede habe ich in meinem Berufsleben schon zu oft gehört, dass die ganz oben irgendetwas nicht gewusst haben. Ich habe es noch im Ohr, wie der damalige Innenminister Otto Schily, der sich nicht immer gut beherrschen kann, nach langer Verweigerung den Namen des Kollegen ins Telefon brüllte, den er angeblich nicht kannte und der dann später die Liebespaare vorm Haus hatte. Deswegen glaube ich es nicht, dass die Dienste nicht mehr hinter uns her schnüffeln und glaube lieber an die Lebenserfahrung: die Katze lässt das Mäusen nicht. Überwachungen sind heute viel leichter möglich als früher. Die hier anwesenden Verfassungsschützer wissen, wovon ich rede. Die Handys machen's möglich. Eine kurze Schaltung, und die Freunde in Pullach wissen, dass ich jetzt in diesem Moment in der Alten Reithalle in Stuttgart bin. Das gilt für Sie alle, falls Sie Zielperson sind und Ihr offizielles Handy dabei haben. Von einem gewieften Reporter erwarte ich allerdings, dass er mehrere Handys hat, die seiner Person nicht zugeordnet werden können. Wir müssen unsere Quellen schützen.

Gottseidank muss in Deutschland kein Journalist Attentate fürchten. Wir verkämpfen uns vor allem mit der vielköpfigen bürokratischen Hydra und mit immer professioneller arbeitenden Wahrheitsverschleiernsorganisationen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass Einschüchterung und Terror auch Menschen bei uns gefährden. Es gilt die Warnung „Wehret den Anfängen“, denn wir sind schon mitten drin in diesen Anfängen.

Nationalistischer und religiöser Terror haben die Grenzen zu unserem Land schon überschritten. Gerade die liberal Denkenden, für die Freiheit das Kriterium Nummer eins ist, müssen sich als Wächter fühlen und laut und unüberhörbar protestieren, wenn unter der Tarnung falsch verstandener Toleranz die Freiheit des einzelnen und ganzer Gruppen eingeschränkt wird.

Ich denke bei diesem Appell an die deutsch-türkische Rechtsanwältin Seyran Ates aus Berlin. Sie hat ihre Anwaltszulassung zurückgegeben, weil sie dem psychischen und physischen Druck von türkischen Fanatikern nicht mehr standhalten konnte. Die junge eloquente Frau hatte sich vor Gericht jahrelang gegen Zwangsehen, Ehrenmorde und häusliche Gewalt in Migrantenfamilien engagiert. Ihr Einsatz für in Deutschland selbstverständliche Grundrechte von Frauen führte dazu, dass sie von einem geschiedenen Mann vor dem Gericht überfallen wurde, dass sie Überwachungskameras vor ihrer Kanzlei anbringen musste und dass das Landeskriminalamt einen Ordner mit Morddrohungen angelegt hat. Ein Attentäter, der sie angeschossen und lebensgefährlich verletzt hatte, konnte wegen eines schweren Ermittlungsfehlers der Polizei nicht bestraft werden. Er lebt in der selben Stadt wie Seyran Ates.

Dass sie aus Angst um ihr Leben und das ihrer Tochter nicht mehr praktiziert, ist eine bittere Enttäuschung für viele türkische Frauen in Zwangssituationen und eine schwere Niederlage für unseren Rechtsstaat. Vertreter dieses Rechtsstaats sehen untätig zu, wie das Recht verachtet wird. Ich nenne noch ein Beispiel aus Berlin. In dem viel beschriebenen Sürücü-Prozess, in dem es um einen Ehrenmord ging, drohte einer der angeklagten Brüder dem Staatsanwalt mit den Sätzen: „Pass auf, was du sagst. Hast du nicht Familie?“ Der Vorsitzende Richter hat noch nicht einmal eine Verwarnung wegen Missachtung des Gerichts ausgesprochen. Das war eine schwer wiegende Unterlassung. Wer so handelt oder eben in diesem Fall – nicht handelt –, der verschlampt unser Recht.

Unser heutiger freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat ist nach vielen Auseinandersetzungen gegen schwerste Widerstände in Jahrhunderten erkämpft worden. Unsere Grundrechte sind Freiheitsrechte. Liberale haben die Meinungs- und Pressefreiheit mühsam durchgesetzt – gegen die Zensur des Staates und gegen den Verbotsdruck der Kirche. Die Gleichstellung der Frau gehört genau so zur Erfolgsgeschichte unserer Demokratie wie freie und geheime Wahlen und wie das Recht auf freie Ausübung einer Religion oder keiner Religion. Gerade für die Liberalen war die Trennung von Staat und Kirche immer ein wesentliches Credo.

Selbstverständlich gilt die Freiheit der ungestörten Religionsausübung, wie Artikel vier unseres Grundgesetzes sie garantiert, auch für den Islam, auch für die Muslime in unserem Land. Das sollten wir ausdrücklich denjenigen sagen, die friedlich und mehr oder weniger integriert hier ihren Glauben leben. Die Religionsfreiheit, mit vielen Opfern nach Jahrhunderten erkämpft, darf aber nicht für eine Religionsauffassung in Anspruch genommen werden, die unsere Freiheitsrechte ablehnt, die Gebote unseres Grundgesetzes nicht anerkennt und die einer freiheitlich organisierten Gesellschaft die Diktatur eines Gottesstaates aufzwingen will.

Ich weiß, dass ich mich jetzt auf vermintem Gelände bewege und dass ich damit rechnen muss, mit Fertigphrasen wie Ausländerfeindlichkeit oder Anti-Islamismus beworfen zu werden, aber im Sinne von Reinhold Maier, der die Freiheit gegen Angriffe aus allen Richtungen verteidigt hat, halte ich es für richtig, eine Gefahr anzusprechen, die unser aller Zukunft und vor allem die unserer Kinder gefährden kann.

Der Politikwissenschaftler Bassam Tibi, der sich selbst als Reformmuslim definiert, hat geschrieben und gesagt, zum Thema Islam gebe es in Deutschland aus Anpasserei weder Presse- noch Denkfreiheit. An dieser Unfreiheit will ich mich nicht beteiligen. Kritik an dieser Religion und ihren Heilsbotschaften ist zum Tabu geworden, weil die Unkenntnis groß ist, weil organisierte militante Gruppen in der Islamgemeinde jeder Kritik mit heftigen Protesten begegnen und den Eindruck verbreiten, als wollten die Kritiker die gesamte muslimische Bevölkerung beleidigen.

Einzelne Journalisten, Massenmedien, Karikaturisten und Kabarettisten können bei uns in jeder Form die christlichen Kirchen attackieren, ihre Gesetze für überholt erklären und den Papst angreifen. Sie tun das auch: manchmal intellektuell und analytisch, manchmal geschmacklos und primitiv. Die Reaktion ist ungefährlich. Die katholische Kirche foltert keinen mehr, hat schon lange aufgehört, Ketzer und Hexen zu verbrennen und setzt auch keine unanständigen oder aufsässigen Bücher mehr auf den Index. Die Christen, die anfangs verfolgt wurden und dann – an die Macht gekommen – selber andere verfolgt haben mit Feuer und Schwert, sind durch die Aufklärung geläutert worden. Wir leben in einem toleranten säkularen Staatswesen.

Das gilt nicht für den Islam. Diese Religion hat noch keine Aufklärung durchlebt. Die Reformer und Aufklärer sind eine schwache Minderheit. Wir müssen sie unterstützen. Wir müssen denen helfen, die über den Islam frei und unbedroht schreiben und reden wollen. Gerade Liberale, die den Nationalsozialismus und den Kommunismus bekämpft haben, dürfen sich nicht schein tolerant wegducken, wenn totalitäre Strukturen in Form eines religiösen Fundamentalismus drohen. Nennen wir das, was wir erreicht haben, Leitkultur oder europäischer Kanon, Verfassungspatriotismus oder demokratische Zivilisation – ich will jetzt nicht diese semantischen Debatte verteidigen – aber verteidigen wir unsere Freiheit gegen eine Ideologie, die religiöse Gesetze zur Staatsräson erheben will. Der islamische Revolutionsführer Khomeini hat diese Haltung ganz klar und ohne Tarnungsversuch beschrieben. Er sagt: „Im Westen ist die Religion nur ein Teil des Lebens. Im Islam ist das Leben nur ein Teil der Religion“.

Damit dokumentiert er den allumfassenden Herrschaftsanspruch des Islam. Es gibt danach keine Dimension des Lebens außerhalb der Religion, keinen Aspekt, der nicht nach den Suren des Korans interpretiert werden muss. Die Politik und die Gesellschaft unterwerfen sich der Religion. Es bleibt kein Freiraum für kritische Gedanken. Kommunikation mit Andersdenkenden ist ein Tabu, damit vermeintlich absolute Gewissheiten nicht in Frage gestellt werden müssen. Es gilt die Scharia. Scharia heißt „das Gesetz“.

Die Vorschriften dieses Gesetzes, der Scharia, bestimmen das kulturelle und politische Leben, das soziale, private und sexuelle Miteinander. Das Expansionsstreben der fanatischen Islamisten, das einzelne Imame auch schon in deutschen Moscheen predigen, zielt darauf, die muslimische Leitkultur auch im

Westen durchzusetzen. Wie für alle totalitären Heilslehren gilt auch für die islamistische die Erkenntnis von Karl Popper: „Der Wunsch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle“. Eine orthodox vertretene Religion, die die Trennung von Staat und Kirche ablehnt, ist ein Rückfall ins Mittelalter und das krasse Gegenteil der von Karl Popper im liberalen Geist geforderten offenen Gesellschaft.

Nun könnte man einwenden, die grausamen Strafrechtsbestimmungen der Scharia gelten in Saudi-Arabien und im Iran und in weit entfernten Staaten Afrikas, aber doch nicht bei uns. Das stimmt. Aber die Gefahr kommt näher. Nach der grausamen Ermordung des holländischen Filmemachers van Gogh hat der Politologe Ian Buruma die wachsenden Konflikte in Amsterdam beschrieben, die massive Präsenz neuer Bürger, vorwiegend aus Marokko. Viele von ihnen leben friedlich unter den Holländern, sind integriert und angepasst. Aber keiner kann voraussagen, wie sie sich verhalten, wenn die tolerierte Minderheit eines Tages zur bestimmenden Mehrheit wird. Buruma hat ausgerechnet, dass bei gleich bleibender Migrationsrate im Jahr 2015 – also in acht Jahren – in Amsterdam mehr Muslime als Christen leben werden. Wir haben in dieser Woche aus Birmingham in England gehört, wie scheinbar längst integrierte junge Leute, nette Nachbarn von nebenan, Bürger mit englischem Pass, sich als Terroristen entpuppt haben. Sie wollten einen britischen Soldaten muslimischer Religion entführen, ihn spektakulär und medienwirksam hinrichten und damit als Verräter an der muslimischen Sache brandmarken.

Dieser grausame Plan ängstigt die Engländer besonders vor dem Hintergrund einer Umfrage, die am Montag bekannt geworden ist. Danach wenden sich junge britische Muslime verstärkt dem politischen und radikalen Islam zu. 37 Prozent, also mehr als ein Drittel der jungen Muslime zwischen 16 und 24 Jahren, möchten lieber nach der Scharia leben und ziehen das islamische Rechtssystem dem freiheitlichen britischen vor. Nur ein Prozent weniger ist der Meinung, dass Muslime, die sich einem anderen Glauben zuwenden, getötet werden sollten. Dreizehn Prozent sind bereit, „gegen den Westen zu kämpfen“. Sie sympathisieren mit Al Kaida, bekennen sich zur Verbreitung von Angst und Terror.

Wie diese Einschüchterung funktioniert, haben wir beim Karikaturenstreit erlebt. In mehreren Ländern gelang es, hunderttausende von Muslimen zu mobilisieren. Sie drohten Dänemark mit dem heiligen Krieg und verbrannten dänische Fahnen, die sie vorher nie hätten identifizieren können und die ihnen von Empörungs-Organisatoren in hoher Auflage zugespielt worden waren. Botschaften wurden gestürmt und in Brand gesteckt. Muslimische Ärzte boykottierten Medikamente aus europäischen Ländern. In Österreich weigerten sich dreißig muslimische Boten, eine Zeitung mit den Karikaturen auszutragen. Botschafter wurden abgezogen, christliche Kirchen wurden zerstört. Insgesamt sind in dem inszenierten Aufruhr wegen der Karikaturen 139 Menschen getötet und 823 verletzt worden.

Die dänische Regierung war mit der Frage konfrontiert, ob sie sich für Meinungsäußerungen einer Zeitung ihres Landes öffentlich entschuldigen sollte. Islamistische Kreise versuchten, den Geltungsbereich der Scharia auf den Westen auszudehnen. Westliche Demokratien sollten genötigt werden, ihre Meinungsfreiheit der islamischen Staatskirche anzupassen.

Viele im Westen zeigten sich beeindruckt, wie schnell und effizient islamistische Aktivisten Millionen Demonstranten auf die Straße bringen konnten. Viele Medien duckten sich und empfahlen mehr Rücksicht auf die beleidigten Gefühle der Muslime. In Wahrheit empfahlen sie die Kapitulation vor dem Terror. Sie diskutierten nicht mehr darüber, ob die Karikaturen gut oder schlecht waren, sondern sie stellten unsere Presse- und Meinungsfreiheit in Frage.

Ich halte es mit dem muslimischen Schriftsteller Ibn Warraq und seinem Appell: „Entschuldigt Euch nicht!“ Und ich zitiere mit Respekt, wie Jihad Momani reagiert hat, der Chefredakteur der jordanischen Zeitung „Shihan“. Er veröffentlichte drei der Karikaturen und schrieb einen Kommentar mit der Überschrift: „Muslime dieser Welt, reagiert vernünftig“. Darin stand zu lesen: „Wer beleidigt den Islam eigentlich mehr? Ein Ausländer, der den Propheten darstellt, oder ein Muslim, der mit einem

Sprengstoffgürtel bewaffnet auf einer Hochzeitsfeier in Amman ein Selbstmordattentat durchführt?“ Der Chefredakteur wurde wegen dieses Textes sofort entlassen.

Diesen vernünftigen Mann müssen wir unterstützen. Wir müssen allen Reformern helfen. Ich denke an die in Deutschland lebende Autorin Necla Kelek, die mit ihren Büchern „Die fremde Braut“ und „Die verlorenen Söhne“ viele aufgerüttelt hat. Sie schildert darin nicht nur die Unterdrückung und die Gewalt in muslimisch geprägten Familien, sondern sie appelliert auch an uns, die „Opfer“ nicht allein zu lassen und denen Mut zu machen, die sich aus den Zwängen lösen wollen.

Wir brauchen nicht für eine andere Religion zu missionieren, aber wir müssen die Courage aufbringen, für unsere Grundrechte und Freiheiten offensiv einzutreten. Ich zitiere Necla Kelek: „Ohne die Ächtung der Scharia und des Prinzips der Vergeltung sind alle Bemühungen um Integration der Muslime gescheitert“. In jüngster Zeit werden bei uns viele Debatten über Werte geführt. Diese Gespräche sind sinnvoll und oft klug, aber ich wäre schon zufrieden, wenn wir den Zugewanderten wenigstens die Werte vermitteln könnten, die in unserer großartigen Verfassung festgelegt sind.

Wir können hier frei reden, also müssen wir es auch tun. Wir müssen die Stimme der Stimmlosen sein. Von Reinhold Maier, dem oft unbequemen freien Geist, können wir lernen, für die Freiheit einzustehen. Er hat sich gegen die Nationalsozialisten gewehrt, hat mit der amerikanischen Besatzungsmacht für die Interessen der Baden-Württemberger gekämpft und hat seine Positionen auch gegenüber dem mächtigen Bundeskanzler Konrad Adenauer behauptet. Er forderte die Freiheit nicht nur, er lebte sie auch, indem er klar sagte, was er dachte. Auch innerhalb der eigenen Partei.

Für mich ist er ein Vorbild und ein Ansporn, auch unter dem Anpassungsdruck der political correctness meine Meinung zu sagen und zu schreiben. Die Ehrung mit der Reinhold-Maier-Medaille hat mir die Gelegenheit gegeben, hier zu Ihnen zu sprechen und von einer liberalen Welt zu träumen, einer Welt mit weniger Fanatikern, weniger Terroristen und weniger Diktatoren. Das ist der große Traum, der im kleinen anfängt.

Reinhold Maier hat es schon 1952 wunderbar formuliert. Ich zitiere zum Abschluss: „Wir wollen die Freiheit ganz. Wir wollen sie überall. Wir wollen die wirtschaftliche Freiheit, die kulturelle, die Freiheit im Inneren, wir wollen die Freiheit nach außen. Es gibt nicht einzelne Freiheiten, keine unter- oder abgeteilten Freiheiten, sondern nur eine ganze Freiheit“.